

Liberaler Argumente

Informationen der FDP-Fraktion im Landtag Niedersachsen

Freie
Demokraten



Liebe Leserinnen und Leser,

die vergangene Plenarwoche hatte ein großes Thema. Die Diskussion um die Beitragsbescheide der neu geschaffenen Pflegekammer hatte das Thema zu Recht auf die politische Agenda gesetzt. Wir als Fraktion der Freien Demokraten wollen die Zwangsmitgliedschaft in der Pflegekammer abschaffen. Der Umgang seitens Ministerium und Geschäftsführung der Kammer mit den Protesten war wenig souverän.

Nicht im Plenum, aber trotzdem ein wichtiges Thema der vergangenen Woche war die Unterrichtsversorgung in Niedersachsen. Allen positiven Rufen aus dem Kultusministerium zum Trotz zeigt die genauere Betrachtung, dass der Minister hier vor allem dank einiger Kniffe mit der Statistik die positiven Zahlen präsentieren konnte.

Was sonst noch im Landtag los war und welche Schwerpunkte die FDP gesetzt hat, lesen Sie in dieser Ausgabe der Liberalen Argumente.

Ihr Christian Grascha

Nur freiwillig in die Pflegekammer

FDP-Fraktion fordert Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft für Pflegekräfte

Die FDP-Fraktion will einen Neustart für die Pflegekammer erreichen.

„In Zukunft sollen die Pflegekräfte selbst entscheiden, ob sie in dieser Kammer Mitglied sein wollen oder nicht“, sagte Fraktionschef Stefan Birkner während der Landtagsdebatte am vergangenen Mittwoch.

Er knüpfte in seiner Rede auch an die Protestwelle gegen die Kammer und deren Verhalten seit dem vergangenen Dezember an. „All die Menschen, die gerade auf die Straße gehen und die Petition unterschrieben haben, sollten mit ihrem Anliegen ernst genommen und ihr Protest nicht diskreditiert werden, indem ihnen unterstellt wird, sie würden sich instrumentalisieren lassen“, so Birkner. Doch genau das hätten Ministerin Reimann und die Präsidentin der Kammer, Sandra Mehmecke, mehrfach öffentlich getan. Letztere habe darüber hinaus in öffentlicher Ausschusssitzung sogar davon gesprochen, dass der Initiator der Petition sich zum Anführer einer Bewegung aufgeschwungen habe und ihr Hintergründe zu seiner Person vorlägen, über die sie nach

„Es kommt immer noch schlimmer als man denkt“

Verifizierung gerne auch öffentlich diskutieren würde. „Das ist kein souveräner Umgang mit Widerspruch, sondern in Form und Stil einer öffentlich-rechtlichen Institution unwürdig“, erklärte Birkner weiter.

Den Nutzen für die niedersächsischen Pflegekräfte zweifelte auch die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion, Sylvia Bruns, an: „Es kommt immer noch schlimmer als man denkt. Wir warnen schon seit den ersten Debatten zur Einrichtung der Pflegekammer vor fehlender Akzeptanz und fehlender Sinnhaftigkeit.“ Ob die Kammer einen politisch-gesellschaftlichen Beitrag zur Stärkung der Pflege leisten kann, müsse sich jetzt zeigen. „Die Kammer muss Vertrauen zurückgewinnen. Das gelingt aber nicht mit Zwang, die Mitgliedschaft muss daher freiwillig sein“, sagte Bruns.



Havarie der MS Zoe: Viele Fragen offen

Kooperation mit Küstenländern und Nordseeanrainern

Das Containerschiff „MSC Zoe“ hatte in der Nacht zum 2. Januar insgesamt 291 Container verloren, davon zwei mit Gefahrstoffen. 18 Container waren aufgebrochen und an niederländischen Inseln angespült worden.



Für die Sprecherin der FDP-Fraktion für Häfen und Schifffahrt, Hillgriet Eilers, stellen sich noch viele offene Fragen: „Die müssen von den Verantwortlichen jetzt zügig und lückenlos beantwortet werden. Bis dahin sollten wir uns vor allzu schnellen Schuldzuweisungen hüten“, sagte Eilers in der Landtagsdebatte am vergangenen Donnerstag.

Große Sorgen machten ihr nicht nur die verlorenen Container mit Gefahrgut, sondern auch alle anderen. „Der Abfall aus der Havarie muss bis zum letzten Rest aus dem Meer entfernt werden. Wenn die Ursache für dieses Unglück geklärt ist, werden wir klären müssen, wer die Kosten für die Beseitigung des Abfalls zu tragen hat“, so Eilers weiter.

Es gelte, aus den Erkenntnissen, die im Zuge der Aufklärung über diese und anderen Havarien gewonnen werden, tragfähige Konzepte zu entwickeln, die das Wattenmeer schützen, aber auch ökonomische Anforderungen berücksichtigen. „Das geht am besten in Kooperation mit den anderen Küstenländern aber auch mit den Nordseeanrainern“, so Eilers weiter. Sie dankte in ihrer Rede ausdrücklich den vielen Ehrenamtlichen, die helfen, die verschmutzten Strände zu reinigen.

Modellversuch mit LED-Leuchten

Erfolg für die FDP-Fraktion

FDP-Fraktion sorgt für mehr Sicherheit auf Niedersachsens Straßen. Die übrigen Fraktionen haben am Donnerstag einem Antrag der FDP-Fraktion zugestimmt, die Grundlagen für einen landesweiten Modellversuch mit LED-Beleuchtung an Unfallschwerpunkten zu schaffen.

Eine moderne und bessere Verkehrsführung mit wartungsfreier LED-Technologie soll dann in Zukunft für mehr Sicherheit an Gefahrenpunkten sorgen. Vize-Fraktionschef Jörg Bode dankte in der Aussprache im Plenum den Regierungsfractionen, dass sich diese auf einen Antrag aus der Opposition eingelassen hätten: „Dafür, dass sie gemeinsam mit uns am Ball geblieben sind und es am Ende auch möglich gemacht haben, meinen herzlichen Dank.“ Es gelte nun, dass dieser Beschluss auch umgesetzt werden müsse. „Diejenigen, die gesagt haben, es gibt da diese rechtlichen Hürden, müssen dafür kämpfen, dass diese Hürden auch tatsächlich genommen werden.“



Der Modellversuch mit LED-Leuchten sei ein großer Schritt hin zu mehr Verkehrssicherheit, ist sich Bode sicher. Ein weiterer Vorteil sei auch, dass durch die Beleuchtung mit LED-Mitteln sowohl die Wartungskosten als auch die Energiekosten erheblichen gesenkt werden könnten.

Kultusminister lässt Berufsschulen im Stich

FDP bringt Antrag ein

Der bildungspolitische Sprecher der Fraktion, Björn Försterling, ging mit der Landesregierung hart ins Gericht und sieht eine weitere Schwächung der Berufsschulen in Niedersachsen. „Der Kultusminister hat die ohnehin schon katastrophal schlechte Unterrichtsversorgung an den Berufsschulen weiter verschlechtert, um die populärere Statistik an den allgemeinbildenden Schulen zu verbessern. Berufliche Ausbildung ist der Landesregierung offensichtlich nicht sonderlich wichtig“, ärgerte sich Försterling. Die Fraktion hat daher einen Antrag in den Landtag eingebracht, der den Berufsschulen die Budgetüberschüsse wieder in vollem Umfang zukommen lassen soll.

Über diesen kurzfristig wichtigen Schritt hinaus müsse es aber darum gehen, die Berufsschulen auch mittel- und langfristig zu stärken. „Der Lehrermangel betrifft auch die berufsbildenden Schulen, deshalb müssen wir dringend die Studienkapazitäten im technisch-gewerblichen Bereich erhöhen. Es ist doch nicht nachvollziehbar, dass man im Autoland Niedersachsen nicht die Möglichkeit hat, sich zum Lehrer für Automobiltechnik ausbilden zu lassen. Unser Antrag umfasst daher auch die Einrichtung eines entsprechenden Studiengangs in Braunschweig“, sagte Försterling weiter.

Verwaltung reformieren

Die Regierungskommission zur Neuordnung der Landesverwaltung droht nach Ansicht der FDP-Fraktion zur Selbstbeschäftigung zu werden. Das jetzt präsentierte Konzept zur Umsetzung sei enttäuschend, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer, Christian Grascha. Nach dem Willen der FDP-Fraktion müssen die zusätzlichen 100 neu geschaffenen Verwaltungsstellen wieder zurückgeführt werden. Zudem werden die Chancen der Digitalisierung nicht genutzt, um die Verwaltung effizient aufzustellen.

Die Regierungskommission sollte von einem unabhängigen Experten geleitet werden, und nicht vom Staatssekretär. Grascha forderte außerdem, die Fraktionen eng in deren Arbeit einzubinden und eine umfassende Aufgabenkritik durchzuführen.

Unterrichtsversorgung bleibt angespannt

Nur eine Raffinesse verhilft Kultusminister zu positiven Zahlen

„Es bleibt dabei. In Niedersachsen fällt immer noch zu viel Unterricht aus“, stellt der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion im Landtag Niedersachsen, Björn Försterling, fest. „Es ist ein statistischer Trugschluss, dass sich die Unterrichtsversorgung verbessert hat. Vergleicht man das laufende Schuljahr mit dem Schuljahr 2017/18, haben sich sowohl die zu erteilenden Schulstunden als auch die Zahl der tatsächlich erteilten Schulstunden verringert“, rechnet Försterling vor.



Noch deutlicher zeige sich der Effekt, wenn die vorschulische Sprachförderung von 14.586 Stunden herausgerechnet wird. „Dann hat sich die Unterrichtsversorgung sogar verschlechtert. Immerhin macht die Sprachförderung ein Prozent der zu erteilenden Stunden aus“, so Försterling weiter. Der Kultusminister habe auch davon profitiert, dass es in Niedersachsen im Vergleich zum Schuljahr 2017/18 über 9.000 Schülerinnen und Schüler weniger gibt. „Wo sind also die vielen Lehrkräfte, die der Kultusminister eingestellt haben will? In den Schulen sind sie jedenfalls nicht angekommen“, fragte der FDP-Bildungsexperte.

Jetzt online:

<https://www.fdp-fraktion-nds.de/unterrichtsversorgung-in-niedersachsen-interaktive-karte>

Hier finden Interessierte eine interaktive Karte über die Unterrichtsversorgung aller Schulen in Niedersachsen.

Warme Worte helfen nicht gegen Fahrverbote

„Wir erleben hier eine völlig neue CDU“, zeigte sich der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion, Jörg Bode, erfreut über den rapiden Sinneswandel der CDU beim Thema Dieselfahrverbote. „Warme Worte allein reichen aber leider nicht aus, um Fahrverbote in Niedersachsen zu verhindern. Dazu braucht es Taten“, so Bode. Man müsse den Stickoxid-Grenzwert dringend kritisch überprüfen und er sei froh, dass hier mittlerweile Bewegung in die Diskussion komme. In Hannover und Oldenburg, denen ganz aktuell Fahrverbote drohen, könne die Landesregierung jedoch darüber hinaus sehr konkret und einfach Abhilfe schaffen.

Es gebe klare Regeln dafür, wie und wo Messstationen aufgestellt werden sollen. Am Heiligengeistwall in Oldenburg und an der Göttinger Straße in Hannover würden diese Regeln aber offensichtlich nicht eingehalten.

„Es wird also höchste Zeit, dass Minister Althusmann sich endlich gegen Umweltminister Lies durchsetzt und hier für korrekte Messungen und somit für ein Abwenden von Fahrverboten sorgt. Die Messstationen stehen falsch. Sie stehen so, dass Fahrverbote kommen. Und wenn sie kommen, ist Olaf Lies die Mutter aller Fahrverbote“, so Bode abschließend.



Neuordnung bei Landesbeteiligungen

Um Interessenskonflikte zwischen Politik und Wirtschaft in Zukunft zu vermeiden, will die FDP-Fraktion das Beteiligungsmanagement in Niedersachsen neu regeln. Die letzten Monate haben gezeigt, dass politische Entscheidungsträger in den Aufsichtsräten von Unternehmen, an denen das Land Niedersachsen beteiligt ist, schnell in Interessenskonflikte kommen können. Besonders deutlich wurde dies während der Diesel-Krise bei Volkswagen oder bei der Diskussion um die Norddeutsche Landesbank, heißt es in dem Entschließungsantrag, den die Fraktion der Freien Demokraten in der vergangenen Woche in die Landtagsdebatte einbrachte.

Unter anderem sollen keine Mitglieder der Landesregierung mehr in Aufsichtsräten solcher Unternehmen entsendet werden. Die Mandate sollen alternativ mit externen Experten besetzt und kontrolliert werden.

Unternehmen entlasten

Die rot-grüne Landesregierung hat die 2006 beschlossene vorverlegte Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge nicht wieder rückgängig gemacht. Die Fraktion der FDP hat in der vergangenen Woche erneut verlangt, hier endlich tätig zu werden. „Die frühere Fälligkeit der Beiträge bedeutet einen enormen Liquiditätsnachteil gerade für kleine und mittlere Betriebe“, so der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende, Jörg Bode, am Donnerstag im Landtag. „Es darf nicht sein, dass der Staat sich auf Kosten der Betriebe einen finanziellen Vorteil verschafft, der sachlich nicht zu rechtfertigen ist.“

FDP-Fraktion @ Presse

An dieser Stelle geben wir Ihnen gerne einen Ausschnitt aus der umfangreichen Presseberichterstattung zur Arbeit der FDP-Fraktion wieder. Bitte beachten Sie, dass wir aus urheberrechtlichen Gründen keine vollständigen Artikel oder Fotos hier abbilden können. Wir beschränken uns deshalb auf Überschriften und einzelne Textauszüge.



Braunschweiger Zeitung, 18.01. 2019

28 Prozent mehr Staus in Niedersachsen

Niedersachsens Ex-Verkehrsminister Jörg Bode (FDP) kritisierte die rot-schwarze Landesregierung angesichts des Baustellenmanagements scharf: „Die Staubilanz ist ein Desaster.“

Weser Kurier, 22.01. 2019

Weiter hoher Stundenausfall

Massive Stundenausfälle seien also weiter an der Tagesordnung, befürchten Opposition und Lehrerorganisationen. „Da hätte ich meine Öffentlichkeitsarbeit auch auf Sparflamme runterfahren“, giftete FDP-Fraktionsvize Björn Försterling am Montag in Hannover.

Nordwest Zeitung, 24.01.2019

Jörg Bode: Die Messstationen stehen falsch

Der FDP-Fraktionsvize im ... Landtag, Jörg Bode, legt beim Thema drohende Fahrverbote in Hannover und Oldenburg nach. Es gebe klare Regeln dafür, wie und wo Messstationen aufgestellt werden sollen. Am Heiligengeistwall in Oldenburg und an der Göttinger Straße in Hannover würde diese Regeln aber offensichtlich nicht eingehalten. „An den Stellen dieser Straßen, die den Vorgaben entsprechen, würden die Grenzwerte eingehalten.“ Die Messstationen stünden falsch.

Neue Presse Hannover, 24.01.2019

Mehr Zeit für Pflegekammer

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Stefan Birkner sprach im Plenum von einem „dilettantischen Vorgehen“. Dies zeichne sich obendrein dadurch aus, dass die Kammer ihren Mitgliedern nicht vertraue und zunächst den Höchstbeitrag beschieden habe. Der Liberale hatte das Thema mit einer klaren Forderung ins Plenum gezogen: „Die Pflegekammer muss neu anfangen und von ihrem Nutzen überzeugen.“ Die Fraktion beantragte daher das Ende der Zwangsmitgliedschaft.

Neue Presse, Stadtausgabe, 25.01.2019

Polizeigesetz kommt später

(...) Stefan Birkner, Fraktionsvorsitzender der FDP, sieht darin eine „Blamage für die Landesregierung“. Es würde immer deutlicher, wie schwach der Gesetzentwurf von SPD und CDU sei. „Wir müssen uns intensiv mit den verfassungsrechtlichen Problemen befassen. Es ist wichtig, dass wir am Ende ein ausgewogenes Gesetz verabschieden“, sagte er der NP.

Freie Demokraten



im Landtag
Niedersachsen **FDP**

Libérale Argumente - IMPRESSUM:

Verantwortlich: Christian Grascha
Redaktion: Katrin van Herck & Oliver Carstens-Darcy
Herausgeber: FDP-Fraktion im Landtag Niedersachsen
Hannah-Arendt-Platz 1 | 30159 Hannover
www.fdp-fraktion-nds.de | Mail: info@fdp-fraktion-nds.de